

Neutralität: Antrag zurückgezogen

Mittelschulen Zusammen mit Hermann Lei (SVP, Frauenfeld) und Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil) hat die Altnauer SVP-Kantonsrätin Aline Indergand im Januar einen Antrag zur politischen Neutralität an Mittelschulen eingereicht. Diese sei nicht mehr gegeben, schrieb die Vorstösserin, und wollte eine Untersuchung veranlassen. An der Grossratssitzung vom Mittwoch hat Indergand den Antrag zurückgezogen: «Wir möchten von einer teuren Untersuchung, auf deren Fragestellung wir keinen Einfluss nehmen können, absehen.» Sie kündigte an, das Anliegen in anderer Form wieder aufzugreifen. (ste)

Journal

Auslandsschweizer wählen beim Ständerat nicht

Thurgau Auslandsschweizer hätten bei den Thurgauer Ständeratswahlen kein Stimmrecht, kritisierte Barbara Dätwyler (SP, Frauenfeld) in der parlamentarischen Fragestunde. Das sei kein Missstand, sondern entspreche dem Willen des Grossen Rats, antwortete Regierungsrat Walter Schönholzer (FDP).

Geringer Bodenverbrauch

Thurgau In Anspielung auf den geplanten Werkhof Amriswil stellte Karin Bétrisey (GP, Kesswil) die Frage, wie Landverschleiss bei kantonalen Projekten vermieden werden könne. Der Kanton gehe bereits hausälterisch mit dem Boden um, antwortete Regierungsrat Dominik Diezi (Mitte). (wu)

Gsaat isch gsaat

«Wir sind in der zweiten Lesung eines Gesetzes und können nicht einfach mit Wikipedia herumwursteln.»

Gesundheitsdirektor Urs Martin kritisiert die Quelle, mit der Edith Wolfender (SP, Kreuzlingen) argumentiert.

«Ich bitte Sie, den Antrag Leuthold abzulehnen, selbst wenn er in korrekter Form daherkäme.»

Nochmals Urs Martin mit kritischem Blick auf Formalitäten.

«Liebe Schulklassen auf der Tribüne – nicht mehr da, okay.»

Cornelia Büchi (SVP, Uesslingen) hat verpasst, dass sich der Besuch still davongemacht hat.

«Ich bin das letzte Mal gewarnt worden, nicht mehr so emotional zu sein. Ich kann Sie beruhigen: Ich werde mich nicht daran halten.»

Felix Meier (SP, Romanshorn), kurz bevor er sich die Klimastrategie-Kritiker zur Brust nimmt.

«Was da in der Weihnachtszeit wieder überall herumleuchtet, da frage ich mich schon: Haben wir wirklich ein Problem mit Strom?»

Paul Koch (SVP, Oberneunforn) hinterfragt die kantonale Klimastrategie. (ste, wu)

Papiertiger gegen Polizeistaat

Die Klimastrategie des Regierungsrats sorgt im Thurgauer Grossen Rat für eine erhöhte Temperatur.

Thomas Wunderlin

Kommissionspräsident Marco Rüegg (GLP, Gachnang) zeigte sich verwundert: «Die Kommissionsarbeit war konstruktiv, heute erlebe ich das Gegenteil.» Der Grosse Rat diskutierte am Mittwoch in Weinfelden über die Klimastrategie des Regierungsrats. In Übereinstimmung mit den Klimazielen des Bundes setzt er als erstes Ziel, dass der Thurgau bis 2030 die Treibhausgas-Emissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 reduziert, wobei 20 Prozent im Ausland kompensiert werden können.

Bis 2050 sollen die Emissionen auf Netto-Null sinken. Als zweites Ziel soll der Kanton die Chancen nutzen, die sich durch den Klimawandel ergeben.

Von SP über die Grün-Parteien bis EVP, Mitte und FDP wurde wohlwollend kritisch kommentiert. Simon Vogel (GP, Frauenfeld) bedauerte, dass erst in einem Jahr ein Aktionsplan vorliegen soll. Kritisch beurteilte er eine Kompensation im Ausland. Auch Marcel Preiss (GLP, Weinfelden) bedauerte, dass noch keine Massnahmen vorliegen. Um Netto-Null bis 2050 zu erreichen, reiche ein «zahmer Papiertiger» nicht. Elina Müller (SP, Kreuzlingen) wusste von früheren Massnahmen, die bereits wirken, und zog daraus den Schluss: «Es kann etwas getan werden.»

Flächen sichern für erneuerbare Energien

Daniel Eugster (FDP, Freidorf) fand eine Halbierung bis 2030 «ambitioniert und unterstützenswert»; ob sie erreicht werden könne, sei fraglich. Landwirtschaft und Industrie seien nicht so leicht zu dekarbonisieren. Von einer «sorgfältigen Ausarbeitung» der Strategie sprach Simon Wolfer (Mitte, Weinfelden). Die Kunst werde sein, umsetzbare und wirksame Massnahmen zu definieren. Bevölkerung, Wirtschaft und Landwirtschaft müssten sie mit-



Marco Rüegg (GLP, Gachnang) wunderte sich über die veränderte Stimmung.

Bild: Ralph Ribi

tragen. Der frühzeitige Einbezug der Betroffenen sei wichtig.

Cornelia Büchi (SVP, Uesslingen) hingegen bezeichnete die Klimastrategie als «Monster»; die SVP-Fraktion lehne sie einstimmig ab: «Wer kann 470 Massnahmen definieren, umsetzen und bezahlen?» Unklar sei, wie diese sozial und wirtschaftsverträglich gestaltet werden könnten. Wenn Flächen für die Produktion erneuerbarer Energien gesichert werden sollten, würden sie der Landwirtschaft weggenommen. Büchi betonte: «Ich hoffe, nicht in der Thurgauer Zeitung zu lesen: Die SVP will keinen Klimaschutz.» Das Klima müsse mit «tragbaren Mitteln» geschützt werden. «Die vorliegende Strategie schiesst

massiv über das Ziel hinaus.» Anders Stokholm (FDP, Frauenfeld) kommentierte «mit Erläuterung» die einstimmige Ablehnung durch die SVP. Da die vorberatende Kommission «einstimmig zustimmend» Kenntnis genommen hatte, folgerte er, dass einige Kantonsräte in der Kommission anders gestimmt hätten als im Rat. «Ich produziere so viel erneuerbare Energie», sagte Josi Gemperle (Mitte, Fischingen). «Sie hat noch keinen Quadratmeter weggenommen.»

Angstmacherei verursacht Depressionen

Das Votum von Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil) war hingegen kaum anders zu verste-

hen, als dass die EDU keinen Klimaschutz will. «Die Welt brennt nicht. Wir sind nicht die letzte Generation», sagte er und kritisierte «die ewige Angstmacherei» und das «Narrativ vom nahenden Ende der Welt», das Depressionen verursache. «Seit der Sintflut ist uns verheissen, dass Saat und Ernte nicht aufhören werden.» Wissenschaft sei ein Dogma, das die Menschen in Gläubige und Ungläubige teile. «Umweltpolitiker bekommen einen Freipass, wenn sie in der ganzen Welt herumjetten zum Wohle aller.» Die Klimastrategie bezeichnete Wittwer als «Papier der Unfreiheit», das zum «Ökopolizeistaat» führe. Die Reduktion des Treibhausgasausstosses sei utopisch, da

Drittstaaten wie China ihren Ausstoss erhöhen. Man dürfe nicht auf China warten, widersprach Felix Meier (SP, Romanshorn) mit einem Zitat, das er dem Religionsphilosophen Martin Buber zuschrieb: «Es hängt nicht von Ihnen ab, aber es kommt auf Sie an.»

Zwischen Angstmacherei und Leugnung

Regierungsrat Dominik Diezi (Mitte) suchte einen Weg zwischen Angstmacherei und Leugnung: «Die Welt brennt noch nicht. Aber sie ist wärmer geworden.» Am Ende nahm der Grosse Rat von der Klimastrategie zustimmend Kenntnis; die Abstimmung ergab 70 Ja, 32 Nein und 8 Enthaltungen.

Ab 70 nur mit Attest

Der Grosse Rat bleibt dabei: Ärztinnen und Ärzte dürfen im Thurgau nicht ohne weiteres bis 73 arbeiten.

Stefan Marolf

Stefan Leuthold wagte einen zweiten Versuch: Ärztinnen und Ärzte sollen ihre Arbeitsfähigkeit erst mit 73 statt mit 70 testen lassen müssen, hatte er schon in der 1. Lesung zur Änderung des Gesundheitsgesetzes beantragt. Der Grosse Rat lehnte damals mit 90 Nein zu 17 Ja ab. An der Sitzung vom Mittwoch im Weinfelder Rathaus versuchte es der Frauenfelder GLP-Kantonsrat deshalb nochmals.

«Es ist ein Angebot der Ärzteschaft, ihre teure Ausbildung und ihr langjährig erarbeitetes Fachwissen länger zur Verfü-

gung zu stellen», preiste Leuthold seinen Antrag an.

Er erhielt zwar einstimmige Unterstützung von der FDP, stiess aber beim zuständigen Regierungsrat Urs Martin auf Widerstand: «Buschauffeure müssen auch Tests absolvieren, ich verstehe nicht, warum nicht auch Ärzte, die noch grössere Verantwortung tragen.» Der Grosse Rat folgte Martins Argument, Leuthold scheiterte wieder: diesmal mit 29 Ja zu 85 Nein.

Chefärzte dürfen keine Atteste mehr ausstellen

Als Nächste versuchte Mittekantonsrätin Sandra Stadler

(Güttingen) ihr Glück. Sie liess die Alterslimite von 70 Jahren unberührt, schlug aber vor, dass nicht die einzige Arbeitsmedizinerin im Kanton Thurgau die entsprechende Berufsausübungsbewilligung verlängern kann, sondern Chefärztinnen und Chefärzte.

Damit wollte sie die revidierte Fassung des Gesundheitsgesetzes kippen und stattdessen festhalten, was schon heute in der entsprechenden Verordnung des Regierungsrats geregelt ist: «Wir sollten tun, was wir können, um Ärzte länger im Beruf zu halten.» Stadler scheiterte fast so deutlich wie Leuthold vor ihr: mit 39 Ja zu 73 Nein.

Liberalisierung ja, aber ...

Der Grosse Rat will Gemeinden und dem Kanton ein Vorkaufsrecht für Strom- und Wasserwerke zusichern.

Stefan Marolf

«Kein Ausverkauf von Versorgungsinfrastrukturen»: Vor zwei Jahren hat der Grosse Rat mit einer Motion ein Vorkaufsrecht für Versorgungsunternehmen gefordert. Der Thurgauer Regierungsrat ist der Forderung nachgekommen und hat das Planungs- und Baugesetz überarbeitet.

Mehrheit des Grossen Rats ist einverstanden

Wird ein Elektrizitätswerk oder ein Wasserversorger verkauft, sollen künftig die versorgten Gemeinden, der Kanton und die von ihnen kontrollierten Institutionen ein gesetzliches Vorkaufsrecht erhalten – in dieser

Reihenfolge. Die Mehrheit des Grossen Rates ist damit einverstanden. Grünen-Kantonsrat Bernhard Braun (Braunau) sagte an der Sitzung vom Mittwoch dazu: «Ich habe absolut nichts gegen Liberalisierungstendenzen, aber bitte nicht bei der Grundversorgung.»

SP-Fraktionschefin Sonja Wiesmann (Wigoltingen) pflichtete ihm bei: «Das Vorkaufsrecht stellt sicher, dass Werke nicht in unerwünschte Hände gehen.» Ganz anders GLP-Kantonsrat Alexander Sigg (Wallenwil): «Die geplanten Artikel stellen komplizierte, wenig effiziente und eigentlich unnötige Regulierungen dar.» Die GLP werde die Gesetzesänderung ablehnen.